



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 10.12.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 16. Dezember 2010, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **10-F-02-0053**

Demografische Anforderungen an den Wohnungsmarkt
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:
 1. Das Mietniveau Wiesbadens liegt, verglichen mit anderen Städten, im Spitzenbereich. Daran hat sich auch unter den Vorzeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die andernorts rückläufige Immobilienpreise mit sich gebracht hat, nichts geändert. Angesichts dieser Lage ist es nach wie vor notwendig, im Rahmen des städtischen Immobilienbestandes

Wohnungen zu preisgünstigen Mieten, insbesondere für Familien mit Kindern sowie Älteren bzw. Mobilitätseingeschränkten, bereitzuhalten.

2. Die Sicherstellung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungskreisen, die auf dem freien Wohnungsmarkt nur geringe Chancen haben, ist auch weiterhin eine wesentliche Aufgabe kommunaler Wohnungspolitik. Die städtischen Wohnungsgesellschaften GWW und GeWeGe in Wiesbaden widmen in ihrer Geschäftspolitik diesem Aufgabenbereich besondere Aufmerksamkeit und entwickeln - anders als typische Finanzinvestoren - diesen Wohnungsbestand zukunftsorientiert weiter. Zahlreiche Projekte zur energetischen Sanierung, neue Angebote speziell für Familien mit Kindern sowie ältere, mobilitätseingeschränkte Personen (Quartiersumbau Weidenborn, Wingertsweg) belegen dies.

II. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung (prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2020) wird der Magistrat gebeten,

1. über die sich hieraus ergebenden Bedarfe an Sanierung und Neubau von Wohnraum zu berichten, insbesondere in Bezug auf die Nachfrage von Familien mit Kindern und älterer bzw. mobilitätseingeschränkter Menschen.
2. Strategien aufzuzeigen, wie diese Anforderungen künftiger Wohnraumversorgung, in Kooperation mit den städtischen Wohnungsgesellschaften, möglichst zeitnah erfüllt werden können.
3. Dabei ist besonderes Augenmerk auf folgende Aspekte zu legen:
 - + Mobilisierung von Bauflächen
 - + Förderung von Wohneigentum, bis hin zu Eigentumsformen für Schwellenhaushalte auch unter Einsatz von Transfer-Einkommen
 - + Subjektförderung bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau: einkommensabhängige variable Zinszuschüsse ("Projekt Schelmengraben")

5. 10-F-01-0107

Soziale Stadt erhalten - Wiesbaden stärken

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.12.2010 -

Die Bundesmittel für das Programm „Soziale Stadt“ sind von der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag um 70%, von 95 Mio. € auf 28,5 Mio. € gekürzt worden. Von der Kürzung sind die sozialen Maßnahmenpakete betroffen, die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ sich für Wiesbaden bewährt hat. Das Programm trägt der Erfahrung Rechnung, dass Investitionen in Straßen und Gebäude allein kein anderes soziales Klima schaffen, sondern vielmehr Investitionen in Menschen. Gerade das Zusammenwirken von baulich-investiven Maßnahmen (in Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur) *und* sozialintegrativen Maßnahmen (wie Nachbarschaftstreffs, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche) machen das Bundesprogramm so wirkungsvoll.

2. Sie fordert den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene, in den Gremien des Städte- und Landkreistages und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass die Förderung der Projekte „Soziale Stadt“ in der bisherigen Form und dem bisherigen Umfang fortgesetzt wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, das Projekt im Stadtgebiet „Schelmengraben“, mit den dafür eingestellten Mitteln in der geplanten Weise umzusetzen.

6. 10-F-03-0014

Wiesbaden wird Fairtrade-Stadt

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 -

Ein Beschaffungswesen auf kommunaler Ebene, das sich an sozialen und ökologischen Standards orientiert, kann zu verantwortungsvollerem Produktions- und - durch die Vorbildfunktion - Konsumverhalten beitragen.

Wiesbaden hat bereits diesbezüglich Beschlüsse gefasst, z.B. gegen die Verwendung von Produkten aus Kinderarbeit (Beschluss Nr. 0475 der Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005) oder zum Ausschank von fair gehandeltem Kaffee (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.05.1995 und Beschluss Nr. 0004 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Völkerverständigung am 25.01.2005). Die Unterstützung der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ wäre ein weiterer Schritt um eine sozial und ökologisch orientierte Produktion und Handelswege zu unterstützen.

Um den Titel „Fairtrade-Town“ zu tragen, müssen fünf Kriterien erfüllt sein:

1. Es muss ein Beschluss der Kommune zur Verwendung von Fairtrade-Kaffee vorliegen sowie die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung den Titel „Fairtrade-Stadt“ anzustreben.
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die lokale Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ koordiniert.
3. In lokalen Einzelhandelsgeschäften sowie Cafés und Restaurants werden Fairtrade-Produkte angeboten/ausgeschenkt. (In Wiesbaden brauchen wir 38 Geschäfte und 19 Gastronomiebetriebe die mitmachen).
4. In öffentlichen Einrichtungen werden Fairtrade-Produkte verwendet und Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.
5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“.

Weltweit gibt es über 750 Fairtrade-Towns, darunter London, Brüssel, Rom, San Francisco und Kopenhagen; in Deutschland beispielsweise Dortmund und Saarbrücken. Die Kampagne bezieht sich auf alle Bereiche: Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten, die öffentliche Hand als Auftraggeber und den Handel. Die Bedeutung des fairen Handels wird sichtbar gemacht und verantwortungsvolles Produktions- und Konsumverhalten gefördert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Wiesbaden strebt den Titel „Fairtrade-Stadt“ an.
2. Der Magistrat wird gebeten, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Stadt die Kriterien zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ erfüllt.

ANLAGE

7. 10-F-05-0007

Starke Stadt für Studis IV - Vermeidung von Hemmnissen beim Bau von Studentenwohnheimen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2010 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich in den letzten Jahren als attraktiver Ort für Studenten und Auszubildende etabliert. Die Stadtverordnetenversammlung hat bisher unter dem Titel „Starke Stadt für Studis“ folgende Bausteine beschlossen:

Starke Stadt für Studis I	Schaffung eines Anreizsystems
Starke Stadt für Studis II	Wohnraum für Studierende schaffen
Starke Stadt für Studis III	Zentraler Campus der Hochschule Rhein-Main

Weitere Ideen und Aktivitäten sind gefragt, um die bestehenden Vorteile der Stadt im Wettbewerb der Kommunen zu festigen und auszubauen, aber auch um Nachteile zu beseitigen. Positiv ist beispielsweise festzuhalten, dass die Aktivitäten zum Bau von Studentenwohnheimen zunehmen. Diese erfreuliche Entwicklung beinhaltet den Aspekt, dass sich die derzeit geltende Stellplatzsatzung, die sich grundsätzlich in ihrer Anwendbarkeit sehr gut bewährt hat, speziell in der Frage des Stellplatznachweises für Studentenwohnheime als Hemmnis darstellen kann.

Die städtische Stellplatzsatzung fordert den Nachweis von einem Stellplatz je zwei Betten. In anderen Universitätsstädten wie z.B. Darmstadt und Frankfurt a.M. ist dieser Schlüssel günstiger, hier wird ein Stellplatz je vier bzw. drei Betten gefordert. Dies hat sich dort bewährt, da die Studenten in der Regel mit ihrem Studentenausweis ein Semesterticket zur Nutzung des ÖPNV erwerben.

Durch diesen Wettbewerbsnachteil verteuert sich der Bau von Studentenwohnheimen, Projekte können teilweise nicht realisiert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Stellplatzsatzung im Hinblick auf den Stellplatznachweis für Studentenwohnheime zu modifizieren und somit die in diesem speziellen Fall auftretenden Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

8. 10-F-04-0006

Wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor Alkoholmissbrauch
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 21.10.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Ergreifung wirkungsvoller Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor Alkoholmissbrauch zu erarbeiten.

Wesentlicher Bestandteil dieses Konzeptes soll die Durchführung von Kontrollen an Orten sein, die bekannt sind für Alkoholmissbrauch durch Jugendliche .

9. 10-F-07-0033

Ausländerbeirat

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 01.12.2010 -

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden ist aus verschiedenen Gründen reformbedürftig: Die Zusammensetzung ist nicht repräsentativ, die Wahlbeteiligung unbefriedigend, die finanzielle Unterstützung verfassungsfeindlicher Gruppierungen widerspricht dem Auftrag, die Integration zu fördern. Diese Problematik ist nicht auf Wiesbaden beschränkt, in vielen andern deutschen Städten werden inzwischen neue Wege beschritten. Kürzlich hat z.B. Mannheim anstelle der Wahl ein Berufungssystem für den dortigen Integrationsbeirat eingeführt. Das Landesgesetz zu Ausländerbeiräten in Rheinland-Pfalz wurde 2008 geändert, erlaubt nunmehr auch Berufungen und gibt den Kommunen mehr Einfluß auf die Organisation. Ähnlich in Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg entscheiden die Gemeinden selbst über die Modalitäten der Ausländervertretung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Vorstellungen für eine funktionsgerechte Ausländervertretung zu entwickeln, im besonderen zu prüfen, was auf kommunaler Ebene geändert werden kann (Beispiel: Vergabe von Geldern an Vereine durch den Ausländerbeirat).
2. In diesem Zusammenhang Gespräche mit der Landesregierung zu führen und langfristig darauf hinzuwirken, daß neue Formen der Ausländervertretung ermöglicht werden und die Kommunen dabei mehr Spielraum erhalten.

10. 10-F-06-0060

Weihnachtsbeihilfe für Leistungsberechtigte nach SGB II bzw. SGB XII

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 02.11.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat trifft Vorkehrungen um allen Personen, die Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII erhalten, eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren.

Die Weihnachtsbeihilfe soll für jede berechtigte Person 50,- Euro betragen. Eine Unterscheidung zwischen Erwachsenen und Kindern soll nicht vorgenommen werden.

11. 10-F-01-0058

Information über überregionale Projekte

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Überregionale Projekte, z.B. im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, betreffen eine Kommune und ihre Bevölkerung in nicht unerheblichem Maße. In der Vergangenheit wurden solche Projekte (z.B. Neubau der Schiersteiner Brücke mit Lärmschutzmaßnahmen) von der LH Wiesbaden z.T. oft nur Amts- bzw. Dezernatsintern bearbeitet, ohne dass die demokratisch gewählten Gremien beteiligt wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die städtischen Gremien (Ortsbeiräte, Stadtverordnetenversammlung) frühzeitig über die LH Wiesbaden betreffende Projekte von überregionaler Bedeutung in Kenntnis zu setzen, um diesen vor Ablauf der Fristen für Stellungnahmen oder Einwendungen eine Beratung zu ermöglichen.

12. 10-V-14-0004

DL 39/10-2

Prüfung der Jahresabschlüsse 2007 und 2008

Berichterstatter: Stadtv. Tollebeek

ANLAGE

Gemeinsame Berichterstattung zu den Punkten 13 und 14 durch Stadtv. Tollebeek

13. 10-F-01-0057

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

14. 10-F-25-0075

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Klärung des Genehmigungsverfahrens JN-Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden am 08.05.2010

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.06.2010 -

15. 10-F-03-0012

Fortschreibung Luftreinhalteplan

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -/ Beschluss Ausschuss Planung, Bau und Verkehr

ANLAGE

16. 10-V-36-0030

DL 43/10-2, 41/10-7

1. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für den Ballungsraum Rhein-Main

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 10-F-01-0102

Versorgung sicherstellen, Beschäftigung fördern

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -/ Beschluss Ausschuss für Soziales

ANLAGE

2. 10-A-02-0006

Namensgebung für die Gedenkstätte am Michelsberg

ANLAGE

3. 10-V-01-0020

DL 45/10-1

Ball des Sports

4. 10-V-04-0011

DL 44/10-1

Bedienung der Bushaltestelle "Wellritzmühle"

5. 10-V-04-0012

DL 44/10-2, 42/10-1

Konzept Aartalbahn

ANLAGE

6. 10-V-05-0003

DL 40/10-2

Kampagne "Fleischfreier Donnerstag " in der Stadt Wiesbaden

7. 10-V-05-0005

DL 40/10-3

Bericht zur Teilsanierung Russischer Friedhof

8. **10-V-11-2010** **DL 41/10-1**
Stand und Weiterentwicklung des Projektes Integriertes Gesundheitsmanagement bei der
Landeshauptstadt Wiesbaden
9. **10-V-20-0054** **DL 41/10-2**
Investitionscontrolling 3. Quartal 2010
10. **10-V-20-0057** **DL 40/10-4**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2010 genehmigten über- und
außerplanmäßigen Ausgaben
11. **10-V-20-0059** **DL 41/10-3**
Statusbericht und weiterer Ausbau des onlineRathauses
12. **10-V-20-0061** **DL 41/10-4**
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2009
13. **10-V-20-0066** **DL 44/10-4, 42/10-2**
Ergebnis- und Finanzplanung 2010 - 2014
14. **10-V-34-0001** **DL 43/10-1, 41/10-6**
Zusammenlegung der Standesamtsbezirke zum 01.01.2011
ANLAGE
15. **10-V-36-0001** **DL 39/10-3**
Umsetzung des Projektes "Hochwasserschutz und Gewässerentwicklung am Wickerbach in
Delkenheim, Bauphase 3"
16. **10-V-36-0023** **DL 39/10-4**

Klimaschutzbericht - Klimabilanz 1987 bis 2008

17. **10-V-40-0024** **DL 39/10-5**

Bericht zur Schulhof- und Gehwegreinigung - Durchführung durch die Schulhausmeister und Vergabe des Winterdienstes an externe Anbieter

18. **10-V-40-0040** **DL 44/10-5, 36/10-3**

Comeniusschule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch ein " Internes PPP "

19. **10-V-40-0043** **DL 40/10-7**

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2011

20. **10-V-51-0036** **DL 40/10-8, 25/10-8**

Jahresbericht SGB II 2009

21. **10-V-51-0050** **DL 39/10-6**

Soziale Stadt Inneres Westend Umfinanzierung von Maßnahmen

22. **10-V-51-0056** **DL 36/10-5, 35/10-1 , 34/10-17**

Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf

ANLAGE

23. **10-V-51-0061** **DL 41/10-8**

Konzept "Zielgruppenorientierte Elternbildung"

24. **10-V-52-0017** **DL 41/10-9**

Freigabe von Mitteln 2011 des Sportamtes

25. **10-V-52-0018** **DL 44/10-6, 42/10-3**

Sanierung der Kellerskopfhalle in Naurod, 3. Bauabschnitt (Erneuerung Hallendecke, Heizung, Prallschutz und Sanitär- und Umkleidebereiche sowie Einbau Brandmeldanlage) - Grundsatzvorlage

26. **10-V-52-0019** **DL 41/10-10**
Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Naurod
27. **10-V-64-0002** **DL 39/10-7**
Projekt " Ausbau Energiemanagement bei der Landeshauptstadt Wiesbaden " ;
Erfahrungsbericht
28. **10-V-66-0215** **DL 44/10-8**
Östliche Hauptstraße Mainz-Kostheim, Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Osten der östlichen Hauptstraße
29. **10-V-66-0228** **DL 44/10-9, 43/10-5**
Glarusstraße - Neubau
30. **10-V-66-0240** **DL 44/10-10**
Rheinuferpromenade Mainz-Kastel; Neugestaltung an der Reduit
ANLAGE
31. **10-V-66-0507** **DL 43/10-6, 41/10-14**
Luftbildbefliegung 2011
32. **10-V-67-0003** **DL 31/10-16**
Parkpflegewerk für die Reisinger-Brunnen- und Herbert-Anlagen in Wiesbaden
33. **10-V-70-0005** **DL 39/10-8**

34. **10-V-70-0006** **DL 39/10-9**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2010
35. **10-V-70-0007** **DL 39/10-10**
Rückstellungsbedarf der Deponie Dyckerhoffbruch
36. **10-V-70-0008** **DL 39/10-11**
Integration des Thermalbauhofes der ELW in den Eigenbetrieb Mattiaqua
37. **10-V-80-8023** **DL 40/10-11**
Beschäftigungsprogramm " Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen " - Greenteam - Projektverlängerung
38. **10-V-82-0007** **DL 39/10-12**
Auftaktveranstaltung der Deutschen Tourenwagen Meisterschaft 2011
39. **10-V-82-0010** **DL 39/10-13**
Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes TriWiCon
40. **10-V-82-0011** **DL 39/10-14**
Fortschreibung Wirtschaftsplan 2010/2011 TriWiCon
41. **10-V-86-0004** **DL 44/10-11, 42/10-4**
Aktualisierung Wirtschafts- und Mittelfristplanung des Eigenbetriebes mattiaqua

1. 10-A-21-0004

Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl

ANLAGE

2. 10-V-07-0009

DL 39/10-1

Änderung der Ortssatzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden (Straßenreinigungssatzung)

3. 10-V-10-0019

DL 44/10-3

Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG); Neubesetzung des Aufsichtsrates

4. 10-V-30-0018

DL 40/10-5

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I Mainz-Kastel

5. 10-V-30-0019

DL 41/10-5

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk Wiesbaden-Bierstadt

6. 10-V-30-0020

DL 40/10-6

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk Wiesbaden-Erbenheim

7. 10-V-36-0034

DL 45/10-2

Fernwärmesatzung

8. 10-V-61-0023

DL 44/10-7, 41/10-11

Bebauungsplanentwurf "Bestattungswald Frauenstein" im Ortsbezirk Frauenstein
- Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

9. 10-V-61-0040

DL 40/10-9

Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes " Hafenweg " im Ortsbezirk Wiesbaden-Schierstein

10. 10-V-61-0043

DL 40/10-10

Bebauungsplan "Platz der Deutschen Einheit" im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße -
Satzungsbeschluss, Aufhebung der Fluchtlinienpläne Wiesbaden 1913/5 und 1928/8 -
Satzungsbeschluss
Aufhebung des Bebauungsplanes Wiesbaden 1974/2 - Satzungsbeschluss

11. 10-V-61-0045

DL 43/10-4, 41/10-13

Vorhabenbezogener Bebauungsplan " Biomasse Heizkraftwerk " im Ortsbezirk Biebrich
- Satzungsbeschluss -

Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen verschiedener Fachausschüsse statt:

12. 10-F-23-0001

Projektorganisation KuK
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD und FDP vom 07.12.2010-

ANLAGE

Zu o. g. Thema wird eine weitere Sitzungsvorlage (10-V-41-0031 - Ersatzneubau für die Veranstaltungshalle des Kulturzentrums Schlachthof / Sanierung des denkmalgeschützten turms) für die Magistratssitzung am 14.12.2010 erwartet, die ebenfalls in der Sondersitzung des Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beraten werden soll.

13. 10-V-51-0043

DL 45/10-3

Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte der Ev. Stephanusgemeinde in Kostheim

14. 10-V-51-0058

DL 45/10-4

Ev. Bodelschwingh-Kirchengemeinde in Kloppenheim; zusätzliche Kosten für Ersatzneubau der Kindertagesstätte

15. 10-V-61-0048

DL 45/10-5

Planfeststellung gemäß §§17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i.V. m. §§ 72 ff. Hessisches
Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG); Sechsstreifiger Ausbau der BAB 643 -
Anhörungsverfahren nach § 17a FStrG i.V.m. § 73 HVwVfG für die 1. Änderung des Plans -

16. 10-V-63-0015

Neubau eines Geschäftshauses für Arztpraxen mit Tiefgarage; Baugrundstück: Frankfurter
Straße 42 in Wiesbaden

ANLAGE

Tagesordnung IV

- | | |
|--|----------------------|
| 1. 10-V-03-0009 | DL 41/10-1 NÖ |
| Dr. Horst Schmidt Kliniken | |
| ANLAGE | |
| 2. 10-V-20-0050 | DL 41/10-2 NÖ |
| Gewinnabführungsvertrag | |
| 3. 10-V-20-0056 | DL 40/10-1 NÖ |
| Kredit | |
| 4. 10-V-20-0060 | DL 44/10-1 NÖ |
| Laufzeitverlängerung der Stille Einlage | |
| 5. 10-V-36-0024 | DL 39/10-1 NÖ |
| Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat vom 30.09.2010 | |
| 6. 10-V-36-0028 | DL 40/10-2 NÖ |
| Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat vom 28.10.2010 | |
| 7. 10-V-66-0508 | DL 44/10-2 NÖ |

Baulandumlegungsverfahren " Petersweg-Ost "

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 8. | 10-V-80-2323 | DL 44/10-3 NÖ |
| | Ankauf von Flächen | |
| 9. | 10-V-80-2328 | DL 44/10-4 NÖ |
| | Verkauf städtisches Gewerbegrundstück | |
| 10. | 10-V-80-2329 | DL 40/10-4 NÖ |
| | Verkauf Gewerbegrundstück | |
| 11. | 10-V-80-2330 | DL 40/10-5 NÖ |
| | Verzeichnis vom 01.07.10 bis 30.09.10 genehmigter Grundstücksvorlagen | |
| 12. | 10-V-80-2331 | DL 44/10-5 NÖ |
| | Ankauf von Grundstücken | |

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt:

- | | | |
|-----|--------------|---------------|
| 13. | 10-V-66-0107 | DL 40/10-3 NÖ |
| | Werbenutzung | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hinweis:

Ab 20.00 Uhr findet das adventliche Zusammensein statt.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher